
Tunesien im Jahr 2011: zwischen Revolution und Wahlen

BERNHARD SCHMID

Als dasjenige Land, von dem der «Arabische Frühling» 2011 seinen Ausgang nahm, zog der Mittelmeerstaat Tunesien in den letzten Monaten viele Hoffnungen von Linken weltweit auf sich. Zunächst in Tunesien, später auch in Ägypten, schien sich zu bewahrheiten, dass Revolution doch nicht nur eine in der Geschichte versunkene Option der Vergangenheit ist, dass eine politische Umwälzung – unter Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten – möglich und Emanzipation praktisch machbar bleibt.

Dabei hatten sich im Laufe der demokratischen Revolution, die am 14. Januar 2011 den bisherigen Präsidenten Zine el-Abidine Ben Ali zum Abgang ins Exil zwang, auch Strukturen der Selbstorganisation – etwa in Form von «Komitees zur Verteidigung der Revolution» – herauskristallisiert. Ferner gingen mit den Demonstrationen im Dezember 2010/Januar 2011 – die zum Sturz des seit November 1987 amtierenden Staatsoberhauptes führten – in den darauffolgenden Monaten auch Streiks und Arbeitskämpfe einher. Dies führte zu zusätzlichen Hoffnungen, zum Teil auch Projektionen oder Illusionen, unter Linken im In- und Ausland. Ab dem Frühsommer 2011 gingen die sozialen Kämpfe von abhängig Beschäftigten jedoch zunächst wieder stark zurück.

Nach den Wahlen vom 23. Oktober 2011 zu einem vorläufigen Parlament, das auch als Verfassungsgebende Versammlung das bislang geltende Grundgesetz von 1959 überarbeiten soll, wich bei manchen linken und liberalen Beobachtern nunmehr die frühere Euphorie einer ausgewiesenen Ernüchterung. Als stärkste Partei aus den ersten freien, fairen und pluralistischen Wahl in Tunesien überhaupt (seit der Unabhängigkeit im Jahr 1956 hatte zuvor kein Urnengang diese Kriterien erfüllt) ging die moderat-islamistische Partei *En-Nahdha* («Wiedergeburt, Renaissance») hervor. Bei vielen Linken und Liberalen kann dies nur Naserümpfen hervorrufen.

Hat also die anfängliche emanzipatorische Dynamik nunmehr einer anderen, reaktionären Dynamik Platz gemacht? Ist die Revolution mit diesem Wahlergebnis vorbei, hat gewissermaßen ein Rechtsruck stattgefunden? Oder hat umgekehrt vor allem die am stärksten mit der Opposition gegen die frühere Diktatur identifizierte Kraft die Wahlen gewonnen? Eine gewisse Ratlosigkeit hat sich unter manchen progressiven Beobachtern breitgemacht; sie geht auch mit vielen Fantasmen einher.

Ganz nüchtern soll deswegen im Folgenden zwei Ausgangsfragen nachgegangen werden: Welche emanzipatorischen sozialen Dynamiken lagen der (bislang unvollendeten) demokratischen Revolution in Tunesien zugrunde oder begleiteten sie, und wie weit trugen sie bisher? Und wie ist der Ausgang der Wahlen vom 23. Oktober 2011 vorläufig zu bewerten?

Einleitend füge ich noch einige Bemerkungen zu den Quellen und zur Schreibweise hinzu. Nicht alle Quellen, die zum Informationsstand des Verfassers dieses Artikels

beitragen, sind detailliert angeführt. Viele Nachrichten sind dem persönlichen Kontakt – per Telefon, E-Mail oder im direkten Gespräch – mit Augenzeugen und Beobachterinnen der Ereignisse entnommen: linken oder gewerkschaftlichen Aktivisten, oder seit langem in die Tunesiensolidarität involvierten französischen Gewerkschaftern. Persönliche (politische) Reiseberichte wurden ebenso ausgewertet wie aktuelle Informationen und Analysen verschiedener in die Ereignisse involvierter Aktivisten miteinander abgeglichen. Auch Zeitungsartikel und Agenturmeldungen wurden berücksichtigt, ebenso Blog-einträge. Diese wurden als Zitate ausgewiesen. Hingegen gibt der Büchermarkt zu aktuellen Entwicklungen wie jenen in Tunesien seit Jahresbeginn 2011 bislang noch nichts Brauchbares, über die tagesaktuellen Quellen hinaus Erhellendes her.

Rückblick auf ein bewegtes Jahr

Der Funke des «Arabischen Frühlings» 2011 ging von Tunesien aus. Dort floh der seit November 1987 ununterbrochen regierende – und periodisch bei «Wahlen» mit jeweils über 90% der Stimmen amtlich bestätigte – Präsident Zine el-Abidine Ben Ali am Abend des 14. Januar 2011 außer Landes. Seitdem lebt er im saudi-arabischen Džidda in einem vergoldeten Exil.

Unmittelbarer Auslöser der Revolte, die Tunesien in diesem Ausmaß seit dem Generalstreik vom 26. und 27. Januar 1978 und den «Brotpreisunruhen» vom 27. Dezember 1983 bis 6. Januar 1984 nicht erlebt hat, war der Selbstmord eines jungen Prekären. Die letzte breite soziale Protestbewegung hatte im Juni 2008 vor allem das Bergbaubecken von Gafsa (Phosphatabbau) erfasst. Am 17. Dezember 2010 übergoss sich der 26-jährige Mohammed Bouazizi in der 40000 Einwohner zählenden zentraltunesischen Stadt Sidi Bouzid mit Terpentinöl und zündete sich an. Voraus gingen zahlreiche Schikanen durch die örtliche Polizei. Beim letzten Aufeinandertreffen hatte eine Polizistin dem jungen Mann, der Abitur hatte, aber sein Leben durch «illegalen» Gemüseverkauf auf dem Markt fristen musste, seine Waren abgenommen. Bouazizi wollte sich auf dem Polizeipräsidium beschweren, wo man ihn zum Teufel schickte. Daraufhin beging er vor den Türen des Gebäudes seine Verzweiflungstat.

Fünf Tage später, am Abend des 22. Dezember 2010, kam es in derselben Stadt zu einem weiteren Drama: Der junge Arbeitslose Houcine Neji, 24 Jahre alt, kletterte auf einen Strommast und stürzte sich vor den Augen der Menge, die sich inzwischen versammelt hatte, den Worten «Kein Elend mehr, keine Arbeitslosigkeit mehr» in die 30000-Volt-Leitungen. Am 26. Dezember stürzte sich der 34-jährige Lotfi Quadri in Gdera, fünf Kilometer von Sidi Bouzid entfernt, in einen Brunnen und ertrank. Anderthalb Wochen später, am 4. Januar 2011, starb Mohamed Bouazizi in einem Spezialkrankenhaus in Tunis an seinen Verletzungen. Er wurde zum Sinnbild einer «verlorenen Generation», einer Jugend mit Schul- und oft Hochschulabschluss, aber ohne Chancen auf einen halbwegs einträglichen Job.

Von der Revolte zur demokratischen Revolution

Schon wenige Stunden nach dem Flammentod Mohamed Bouazizis versammelten sich

zahlreiche Elendsgenossen in Sidi Bouzid auf den Straßen und öffentlichen Plätzen. Ihr Protest schwoll schnell an, in den darauffolgenden zwei Tagen gingen die Niederlassung der Staatspartei RCD (Demokratische Verfassungspartei), Autoreifen und ein Polizeiauto in Flammen auf. Polizisten wurden mit Steinen beworfen. Die sonst übliche bleierne Angst vor den «Sicherheitskräften» wich der Wut. Die Bewegung breitete sich schnell aus. Am Wochenende des 25. und 26. Dezember 2010 erreichte sie die Hauptstadt Tunis, wo erste Demonstrationen stattfanden. Nochmals breiter wurde sie ab dem 3. Januar 2011 nach dem Ende der Schul- und Hochschulferien.

Das auslösende Element der Massenproteste, die innerhalb der kommenden andert-halb Wochen die Abdankung des Präsidenten Ben Ali erzwingen sollten – nachdem die polizeiliche Repression gegen die Demonstrationen insgesamt 230 Tote gefordert hatte –, war also eine soziale Revolte. Dennoch beschränkte sich die Bewegung nicht darauf. Vielmehr wurde der Protest, je schneller er wuchs, de facto zu einer klassenübergreifenden, demokratischen Massenbewegung, die endlich die bleierne Ruhe und stickige gesellschaftliche Atmosphäre von 23 Jahren polizeistaatlicher Diktatur durchbrach. Eine wesentliche Rolle spielten dabei auch die Anwältinnen und Anwälte. Deren Berufsstand war seit langer Zeit politisiert, obwohl er auch rein gewinnorientierte, dem Regime und/oder der Geschäftswelt nahe stehende Mitglieder zählte: Als Anwalt gegenüber einem Staat tätig zu sein, dessen Strukturen notorisch korrupt waren, der sich selbst nicht an rechtsstaatliche Prinzipien hielt, die eigenen Gesetze übertrat und vielfach Folter praktizierte, bedeutete notwendigerweise die Bereitschaft, mit den Machthabern in Konflikt zu treten.

Ab der zweiten Januarwoche 2011 trat auch der gewerkschaftliche Dachverband UGTT (*Union générale tunisienne du travail* – Allgemeine tunesische Arbeiterunion) der Protestbewegung bei. Einige seiner regionalen Strukturen und Branchenverbände, nicht jedoch der Dachverband selbst, riefen für den 14. Januar 2011 die abhängig Beschäftigten zu einem Generalstreik auf. Just an jenem Tag floh Präsident Ben Ali auf Drängen seiner engeren Umgebung außer Landes.

Die «Allgemeine tunesische Arbeiterunion» ist der einzige gewerkschaftliche Dachverband in Tunesien. Er entstand bereits vor der Unabhängigkeit Tunesiens und stellt im Gegensatz zu «Gewerkschafts»verbänden wie der UGTA in Algerien oder der ETUF in Ägypten eine «echte» Interessenvertretung dar, denn er wurde nicht durch eine Partei, wie in Algerien, oder durch den Staat «von oben herab», wie in Ägypten, gegründet. Die Spitze der UGTT hatte in den letzten Jahrzehnten (besonders in den letzten beiden) zwar immer stärker unter der Kontrolle des Staatsapparats gestanden – durch eine Mischung aus Korruption, Ämterkauf, Repression gegen missliebige Mitglieder oder Gewerkschaftsfunktionäre sowie materielle Vorteile für linientreue Bürokraten. Eine große Zahl ihrer Apparatschiks waren gleichzeitig Abgeordnete der Staatspartei RCD. Doch mehrere ihrer Branchenverbände standen bis zuletzt deutlich in Opposition zum Regime, beispielsweise die Branchengewerkschaft der Mediziner in den öffentlichen Krankenhäusern, die der Lehrerinnen und Lehrer und die der Post- und Fernmeldeangestellten. Dasselbe galt für mehrere regionale Untergliederungen der UGTT, so die im Bergbaubecken von Gafsa, die auch in Opposition zur Bürokratie des eigenen Dachverbands stand. In der letzten Phase des Regimes verband sich dieses Gewerkschaftsmilieu mit Frauen-

rechtlerinnen, widerständigen Anwälten und linken Aktivisten zu einer Art «Gegengesellschaft».

Unmittelbar nach dem Sturz Ben Alis fanden in Tunesien eine Reihe von Streiks statt. In der Anfangsphase forderten diese oft die Auswechslung von korrupten, durch ihre engen Verbindungen mit dem Ben Ali-Regime belasteten Direktoren und Betriebsleitern. Das darf nicht mit dem Bestreben nach dem Aufbau eines sozialistischen Rátesystems in den Betrieben verwechselt werden. Im Vordergrund stand der demokratische Aspekt, das heißt der Wunsch nach Auswechslung des Personals der Diktatur und nach Beendigung der Korruption.

Ende Januar 2011 «entließen» die Angestellten der Versicherungsgesellschaft *Star* ihren Direktor, auch bei der Nationalen Landwirtschaftsbank wurde der Leiter aus dem Amt vertrieben, beim tunesischen Unternehmerverband, *Utica*, musste der bisherige Vorsitzende Hedi Jilani unter Protesten seinen Hut nehmen. Im tunesischen Fernsehen übernahmen Gewerkschafterkomitees vorübergehend die Kontrolle über die Nachrichtensendung.

Noch Monate später fanden aufsehenerregende Streiks in Tunesien statt. Einer der wichtigsten, der bei *Tunisie Télécom*, dauerte den ganzen Monat Mai und die erste Junihälfte 2011. Seit der Teilprivatisierung im April 2006 hatte das Unternehmen externe Berater und Manager – mehrheitlich Auslandstunesier – zu vergleichsweise astronomischen Gehältern eingestellt. Am 16. Juni 2011 wurde mit den Streikenden dann vereinbart, dass 53 von 63 der besonders kritisierten Manager gefeuert werden. Bei einem der größten tunesischen Unternehmen, *Poulina Group Holding* (PGH), konnten die Streikenden relativ stattliche Lohnerhöhungen durchsetzen. Hingegen scheiterten sie bei dem Versuch, die Entlassung eines als korrupt verschrien und mit der Mafia Ben Alis in Verbindung stehenden Filialleiters zu erzwingen: Die Unternehmensleitung beantwortete den Streik mit einer Aussperrung, die Streikenden mussten in diesem Punkt nachgeben. Die Forderung der Lohnabhängigen, über die Absetzung eines Direktors mitentscheiden zu können, störte die «Entscheidungssträger» mehr als die erhobenen Lohnforderungen.

Beim größten Exportunternehmen Tunesiens, der im Chemiesektor tätigen *Groupe chimique tunisien* (GTC), konnte die Einstellung von 3500 jungen Arbeitslosen erzwungen werden. Zu diesem Zweck wurden neue Aufgabenbereiche im Unternehmen geschaffen, sie sollen sich künftig um die Entseuchung von Oasen und die Wiederaufforstung in Südtunesien kümmern, wo die Hinterlassenschaften des Phosphatbergbaus bislang in die Landschaft gekippt worden waren. Hier ist es der Protestbewegung gelungen, einen gewissen Einfluss auf die Investitionspolitik und die Ziele der wirtschaftlichen Aktivität zu nehmen. Das geht noch nicht so weit wie eine sozialistische Selbstverwaltung, doch ein Teil der Aktivitäten des Unternehmens konnte in gesellschaftlich sinnvolle Bahnen gelenkt werden.

Wirtschaftlicher Einbruch

Insgesamt dominiert in Tunesien im Herbst 2011 jedoch eine in breiten Kreisen pessimistisch bewertete wirtschaftliche Situation, und damit einhergehend der Beginn einer gewissen Resignation.

Der Hintergrund für die wirtschaftlichen Befürchtungen: Der Tourismus in Tunesien erlebte im ersten Halbjahr 2011 einen starken Einbruch, zugleich droht ein Teil der (einheimischen wie der internationalen) Bourgeoisie mit dem Abzug ihrer Investitionen ins Ausland und versucht, die in ihren Augen zu viel streikende und zu stark protestierende Bevölkerung damit einzuschüchtern. Von Januar bis Oktober 2011 gingen die Investitionen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 24% zurück. Vor allem in den ersten Jahresmonaten blieben die Touristen dem postrevolutionären Tunesien in größerem Ausmaß fern und zeigten sich «verunsichert». Im Tourismus arbeiteten vor dem Umbruch rund 340 000 Beschäftigte (11,5% der aktiven Bevölkerung), davon rund 100 000 in der Hotellerie, sie trugen rund 7% zum Bruttoinlandsprodukt bei.¹ Der Rückgang in diesem Sektor ist wirtschaftlich durchaus relevant. Er verstärkt die rezessive Gesamttendenz.

Im ersten Vierteljahr 2011 schrumpfte die tunesische Ökonomie deshalb um 7,8% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (Saltmarsh 2011; Zagrebnow 2011). Ab der Jahresmitte machte sich in breiteren Kreisen wirtschaftliche Zukunftsangst breit, und die in den ersten Monaten nach dem Sturz Ben Alis verbreitete Streikwelle begann ab Juni 2011 überall deutlich abzuebben. Im September 2011 erreichte die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen erstmals die Marke von 700 000, das entspricht einer amtlichen Arbeitslosenquote von 19%. Unter dem vorherigen Regime hatte die Zahl der Arbeitslosen bei rund 50 000 gelegen. Hinzu kamen nunmehr rund 100 000 Beschäftigte aus dem Tourismussektor, 50 000 Schul- und Hochschulabgänger und weitere 50 000 tunesische Arbeitsmigranten, die aus dem Bürgerkrieg im Nachbarland Libyen geflohen waren.

Das Abebben der Streiks, die Wiederankurbelung der Produktion und ein erneuter Anstieg des Konsums ab dem Frühsommer bewirkten eine Erholung der Konjunktur. Für das zweite Quartal 2011 wurde ein (nachholendes) Wirtschaftswachstum in Höhe von 4,6%, für das dritte Quartal in Höhe von 3,8% festgestellt (Beaugé 2011). Unterm Strich wird für das Gesamtjahr 2011 allerdings «nur» ein Wachstumsrate von 1% prognostiziert, was gemessen an den 4–5% jährliches Wachstum vor dem Umbruch und auch gemessen am Bevölkerungswachstum relativ schwach ist.

Sicherlich könnte ein Land, sofern seine Regierung und eine gesellschaftliche Mehrheit zum Bruch mit kapitalistischen Mechanismen entschlossen wäre, sich über solche quantitativen Wachstumskriterien hinweg setzen und sich stärker qualitativen Kriterien zuwenden wie die Befriedigung der Bedürfnisse, der Abbau bestehender Ungleichheiten, eine ökologisch sinnvolle Produktion usw. Doch da es nach dem Sturz Ben Alis real keine starke gesellschaftliche Strömung gab, die explizit für eine andere Produktionslogik eintrat, blieb die Schaffung eines solchen Bewusstseins weitgehend aus. Zwar existierte ein Druck für Veränderungen im Bereich der Ökonomie, doch verband sich dieser Wunsch überwiegend mit dem Anliegen der «Demokratisierung», konkret mit dem Streben nach «Absetzung von korrupten Profiteuren der Ben-Ali-Ära» – also nach einem «sauberen» Leitungspersonal.

Die Verschlechterung der ökonomischen Daten wurde daher in breiten Kreisen als negativ und bedrohlich erlebt. Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen hatte auch reale Auswirkungen auf viele Familien.

Ansätze zur Selbstorganisation

Jenseits der betriebs- oder arbeitsbezogenen sozialen Kämpfe gab es, vor allem in der Anfangsphase der Revolution, Ansätze zur Selbstorganisation in Form der Gründung von Stadtteilgruppen. Dieses Phänomen, das auch in Ägypten beobachtet wurde, erwuchs aus dem unmittelbaren Sicherheitsbedürfnis der Bewohner. In den Wochen des Umbruchs gingen viele Polizisten der Ben-Ali-Diktatur zu blankem Terror über – darunter nicht wenige in Zivil arbeitende Mitglieder der molochartigen Nachrichtendienste und Angehörige besonders repressiver Eliteneinheiten, die fürchteten, unter einem neuen Regime für eine Karriere zu «belastet» zu sein. In einigen Vororten von Tunis schossen sie nachts wild um sich, um den Anschein von «Chaos und Unordnung» zu erwecken. Dadurch sollte der Bevölkerung suggeriert werden, die Alternative laute: «das bestehende Regime oder das Chaos». Allgemein sollte ein Gefühl der Unsicherheit geschürt werden. Hinzu kam, dass zahllose Strafgefangene – rund 11 000 – während der Umbruchszeit aus den Haftanstalten fliehen konnten, einige von ihnen nutzten die Gelegenheiten zu Diebstählen, um sich in der neugewonnenen Freiheit über Wasser zu halten. Vor diesem Hintergrund bildeten sich Nachbarschaftsräte, die als *Conseils de quartier* (Stadtteilräte) bezeichnet wurden. Sie kümmerten sich um die Organisation der Bewohner zur Aufrechterhaltung der Sicherheit auch ohne Polizei, etwa durch gemeinsame Rundgänge oder erhöhte Wachsamkeit im Wohngebiet.

Der politische Charakter dieser provisorischen Komitees war schillernd. Die tunesische Armee, die die Revolution begleitete und anders als Polizei und Milizen nicht auf die Protestierenden schoss, genoss in weiten Teilen der Bevölkerung noch ein gewisses Vertrauen. An manchen Orten rief sie die Bevölkerung zur Bildung solcher Nachbarschaftsräte auf. An anderen Orten hingegen war ihre Gründung das Ergebnis eines spontan «von unten» kommenden Prozesses. Auch ihre Zielsetzung war von Ort zu Ort unterschiedlich: Mancherorts ging es den Bewohnern vor allem darum zu zeigen, dass sie auch ohne die «Sicherheits»kräfte des autoritären Regimes auskamen. In wohlhabenderen Wohngebieten oder auch in manchen Mittelklassevierteln ging es eher um den Schutz vor Plünderungen und die Abwehr von Aktionen der Armutsbevölkerung, die als Bedrohung wahrgenommen wurden.

Auf überörtlicher Ebene gab es zunächst keinen Zusammenschluss der Nachbarschaftsräte, einige von ihnen machten monatelang weiter, zum Teil wurden sie auch zum Forum für politische Diskussionen. In jüngerer Zeit dagegen kam es zu Zusammenschlüssen: Am 7. August 2011 schlossen sich etwa die «Komitees und Räte für den Schutz der Revolution im Großraum Tunis» (*conseils et comités de protection de la révolution du Grand Tunis*) auf einer gemeinsamen Versammlung in El-Wardia, einem Stadtteil im Süden von Tunis, zusammen.² Einer der ersten Beschlüsse war, eine Kampagne für die Freilassung von jugendlichen Demonstranten zu führen, die bei einer der zahllosen kleineren Protestaktionen in den Wochen zuvor bei Scharmützeln mit der Polizei festgenommen worden waren.

Erneuter Anstieg der Repression

Ab dem Sommer 2011 mehrten sich spürbar Fälle von Repression und polizeilichem Druck.

Mitte April hatte die prominente Menschenrechtsaktivistin und Rechtsanwältin Radhia Nasraoui (Ehefrau von Hama Hammami, Literaturprofessor und Vorsitzender der PCOT, der Kommunistischen Arbeiterpartei Tunesiens) den tunesischen «Sicherheits»-behörden vorgeworfen, weiterhin Festgenommene zu foltern. In einem Interview mit der französischen Tageszeitung *La Croix* erklärte sie: «Die Folterungen in den Polizeiwachen und Gefängnissen gehen weiter. Unsere Organisation [Organisation für die Bekämpfung der Folter in Tunesien – *Organisation de lutte contre la torture en Tunisie*] erhält noch immer Klagen von vielen Opfern. Vor allem junge Leute sind die Zielscheibe [der Repressionsorgane]. Zum Beispiel trugen wir am 13. April vor Gericht den Fall von mehreren Jugendlichen vor, die während eines Sit-ins festgenommen worden waren. Sie versicherten, sie seien gefoltert worden, und belegten dies, indem sie dem Richter ihre Verletzungen am Schädel und an den Beinen zeigten.» (Chognot 2011.) Am 21. Mai 2011 erneuerte Radhia Nasraoui ihre Vorwürfe anlässlich einer Pressekonferenz des Sonderberichterstatters der UN für die Bekämpfung der Folter, Juan Mendez, in Tunis.³

In den allerersten Wochen nach dem Sturz von Ex-Präsident Ben Ali waren die Polizeiorgane vorübergehend in die Defensive gedrängt worden, ihre sichtbare Präsenz auf den Straßen hatte abgenommen. Doch schon nach kurzer Zeit war ihre alte Arroganz vielerorts zurückgekehrt – auch wenn die Gesellschaft sich ihrem Machtanspruch nun häufiger widersetzte.

Am 3. August 2011 wurde, mündlichen Informationen von Menschenrechtsaktivistinnen zufolge, erstmals wieder eine Person durch die Folter getötet, allerdings im Rahmen eines «gewöhnlichen» Strafermittlungsverfahrens und nicht im Zuge politischer Gefangenschaft.⁴ Im selben Monat, am 15. August, gab es erstmals auch wieder einen Toten am Rande einer Demonstration (bei den Demonstrationen gegen das Ben-Ali-Regime im Dezember 2010 und Januar 2011 waren mutmaßlich 234 Menschen getötet worden). Die Demonstration war für die Unabhängigkeit der Justiz und für den Rücktritt des amtierenden Justiz- und des Innenministeriums eingetreten. Sie wurde unter anderen von der PCOT, der Tunesischen Menschenrechtsliga LTDH und den moderaten Islamisten von *En-Nahdha* unterstützt.

Im Laufe des Sommers 2011 zeigten sich auf staatlicher Ebene also zunehmend restaurative Tendenzen. Gleichzeitig konzentrierten sich die allermeisten politischen Kräfte vollkommen auf die Wahlen, die zunächst für Juli 2011 angesetzt und dann auf Oktober dieses Jahres verschoben wurden. Das führte dazu, dass viele Menschen eine abwartende Haltung einnahmen und nicht selbst aktiv wurden.

Die erste freien Wahlen nach dem «Arabischen Frühling»

Die ersten freien, pluralistischen und weitgehend unmanipulierten Wahlen seit den (unvollendeten) Revolutionen in Nordafrika im Winter 2010/11 fanden am 23. Oktober 2011 statt: An jenem Sonntag wählte Tunesien eine Verfassungsgebende Versammlung. Sie wird

ein Jahr lang amtieren und gleichzeitig provisorisches Parlament *und* Organ für die Aus- und Überarbeitung der Grundlagen des neuen politischen Systems sein. Diese Konstituante trat erstmals am 22. November 2011 (nach Abschluss dieses Artikels) zusammen. In nur einem Jahr werden die Tunesierinnen und Tunesier, sofern der Fahrplan eingehalten wird, wieder zur Urne gebeten werden. Die Zusammensetzung des neuen Parlaments ist also nicht unbedingt für längere Zeit festgeschrieben.

Entgegen ersten Meldungen unmittelbar nach der Wahl war die Wahlbeteiligung nicht hoch. Von über 7 Millionen Wahlberechtigten hatten sich im Vorfeld 4,15 Millionen in die Wählerlisten eingetragen, das entsprach einer Wahlbeteiligung von 52 %. Diese Quote erschien der Übergangsregierung zu niedrig, daher ordnete sie an, alle volljährigen Tunesier könnten allein durch Vorzeigen ihres Personalausweises wählen, ein Wahlschein sei nicht erforderlich. Von den eingetragenen Wählern gingen 75 % zur Wahl (in ersten euphorischen Meldungen war noch von 90 % die Rede gewesen), von den übrigen Stimmberechtigten hingegen nur 14 %. Insgesamt lag die Wahlbeteiligung schließlich bei 49,1 %, letzte Angaben haben sie auf 54,1 % nach oben korrigiert. Das lässt sich nicht als massenhafte Wahleuphorie bezeichnen.

Die Wahlergebnisse

Die Wahlen fanden auf der Grundlage des Verhältniswahlrechts statt. Um allerdings zu vermeiden, dass «zu viele» kleine Parteien in das neugewählte Gremium einziehen können, wurden die Stimmen nicht auf der Ebene des gesamten tunesischen Staatsgebiets erhoben. Vielmehr wurde Tunesien in 26 Wahlgebiete aufgeteilt, die den Verwaltungsregionen entsprechen und in denen die Sitze jeweils proportional zum Stimmenanteil der antretenden Listen vergeben wurden. Auf jeden einzelnen dieser Großwahlkreis entfielen im Durchschnitt zwischen fünf und zehn Sitze: Die künftige Verfassungsgebende Versammlung hat insgesamt 217 Sitze, von denen 199 im Inland vergeben und 18 weitere für Auslandstunesier reserviert wurden.

In jedem Wahlgebiet brauchte es deshalb für einen Sitz zwischen einem Zehntel und einem Fünftel der abgegebenen gültigen Stimmen. Anders wäre es gewesen, hätte Tunesien als einheitliches Wahlgebiet gegolten: Dann hätten etwa 0,5 % der Stimmen für ein Mandat gereicht, es sei denn, man hätte eine Hürde vergleichbar der 5 %-Klausel bei deutschen Bundestags- und Landtagswahlen eingeführt. Statt einer Prozenzhürde galt nun durch die Aufteilung der Wahlbevölkerung auf 26 Wahlbezirke faktisch eine wesentlich höhere Barriere.

Alle Stimmen für Listen, die die erforderliche Mindeststimmenzahl verfehlten, fielen unter den Tisch. Am Ende betraf die rund 30 % der abgegebenen Stimmen: Von 3,703 Millionen gültigen Voten blieben rund 1,3 Millionen ohne Vertretung im Parlament. Parlamentarisch vertreten werden nur 2,4 Millionen Wahlteilnehmer.

In der offiziellen Darstellung der Wahlergebnisse (die in der Mehrzahl der Fälle ohnehin nur die Sitz-, nicht die Stimmenverteilung wiedergibt) spiegeln sich die solcherart «unter den Tisch gefallenen» Stimmen nicht wieder: Sie werden schlicht als verloren verbucht. Deswegen täuschen die meisten Einzelergebnisse auch erheblich, weil sie durch den Faktor «entfallene Stimmen» verzerrt werden. Eine übersichtliche Gesamtdarstel-

lung der Einzelergebnisse, in real abgegebenen Stimmen, lag bis zum 19. November 2011 noch nicht vor.

Realistisch dargestellt werden können deswegen im Augenblick nur die Stimmenanteile derjenigen politischen Kräfte, die fast überall, wo sie antraten, auch Sitze erhielten. In erster Linie trifft dies auf die moderat-islamistische Partei *En-Nahdha*, die hauptsächliche Gewinnerin der Wahl, zu: Überall, wo sie antrat, zog sie auch in die Verfassunggebende Versammlung ein. Nach derzeitigen Angaben erhielt sie in absoluten Zahlen 1,5 Millionen von 3,7 Millionen abgegebenen gültigen Stimmen, gleich 38,9%.

Schon auf den folgenden Plätzen wird die Wiedergabe der realen Wahlergebnisse jedoch schwieriger. Denn die zweit- und drittstärksten Parteien konnten nicht in allen Wahlbezirken Sitze holen. Andererseits wurden ihre Ergebnisse relativ stark durch den «Wegfall» der Anteile kleinerer Parteien und Listen verzerrt. So wird der Stimmenanteil des *Congrès pour la République* (CPR, «Kongress für die Republik»), die zweitstärkste politische Kraft, in manchen Quellen mit 13% angegeben (Khiari 2011) – was rechnerisch insofern nicht stimmen kann, als dem in absoluten Zahlen (bei 3,7 Millionen Wählerinnen und Wählern) 340 000 Stimmen entsprechen müssten, dies rein mathematisch betrachtet aber ein Anteil von rund 9% wäre.

Sinnvoll wiedergegeben kann, nachzeitigem Kenntnisstand (19.11.2011), deswegen im Augenblick nur die Sitzverteilung in der künftigen Verfassunggebenden Versammlung:

- *En-Nahdha* («Wiedergeburt», «Renaissance»), moderate Islamisten: 89 Sitze (entspricht einem Anteil von 41% der Mandate)
- *Congrès pour la République*, die linksnationalistische Partei des inzwischen zum künftigen Staatspräsidenten nominierten, langjährigen Oppositionellen Moncef Marzouki: 29 Sitze
- *Al-Aridah Asch-Scha'abia* oder *Pétition populaire* (etwa: «Volkspetition»): 26 Sitze. Die «Volkspetition» ist eine populistische Partei. An ihrer Spitze steht ein in London sitzender tunesischer Multimillionär namens Hechmi Hamzi. Er machte Wahlversprechen, die zwar an und für sich sinnvoll waren (Zahlung einer Arbeitslosenunterstützung, kostenloser Zugang zum Gesundheitssystem), über deren Finanzierung er sich jedoch auschwieg. Grundsätzlich ist seine Ausrichtung «neoliberal». Hamzi, der einen eigenen Fernsehsender betreibt, profitierte vor allem davon, dass er in den vernachlässigten Regionen des Landesinneren als «Kind des Landes» betrachtet und deswegen «gegen die politische Elite in Tunis in ihrem Elfenbeinturm» unterstützt wurde. So erhielt er viele Stimmen, obwohl er während des Jahres 2011 nie nach Tunesien gekommen war. Als der Liste wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten zunächst einige Sitze aberkannt werden sollten, brachen Unruhen in der zentraltunesischen Stadt Sidi Bouzid aus. Am Ende behielt die «Petition» ihre Sitze.
- *Ettatakol* oder *Forum pour le travail et les libertés démocratiques* (FTLD, «Forum für Arbeit und demokratische Grundrechte»), eine sozialdemokratische Partei: 20 Sitze.
- Parti démocratique progressiste* («Demokratische Fortschrittspartei»), etwa als linksliberal zu bezeichnen: 16 Sitze.
- *Pôle démocratique moderniste* (etwa «Demokratisches und der Moderne verpflichtetes

Zentrum»), ein vorwiegend gegen die Islamisten auftretendes Wahlbündnis rund um die liberal gewendete Ex-KP: 5 Sitze.

– *Al-Moudabara* («Initiative»), eine Abspaltung von der früheren Staatspartei RCD unter Ex-Außenminister Kamel Morjane: 5 Sitze.

– *Afek Tounes* (ungefähr: «Tunesische Bestrebung»), eine wirtschaftsliberale Partei: 4 Sitze.

– PCOT (*Parti communiste des ouvriers de Tunisie*, «Kommunistische Arbeiterpartei Tunesiens»), die unter dem Listennamen *Al-Badil as-saouria* oder «Revolutionäre Alternative» antrat, eine ehemals maoistische Partei: 3 Sitze.

– *Asch-Scha'ab* («Das Volk»), arabisch-nationalistische Gruppierung: 2 Sitze.

Mouvement des démocrates socialistes (MDS, «Bewegung der demokratischen Sozialisten»), eine kleinere sozialdemokratische Partei: 2 Sitze.

Das Abschneiden der islamistischen Partei *En-Nahdha*

Stärkste Kraft wurde die moderat-islamistische Partei *En-Nahdha* mit knapp 40% der Stimmen. Sie schickt 42 Frauen ins neue Parlament, von 49 weiblichen Abgeordneten insgesamt.

Drei Elemente kennzeichneten die erfolgreiche Wahlkampagne von *En-Nahdha*: zum einen der bei allen islamistischen Kräften anzutreffende sittenkonservative oder moralisch konservative Diskurs; besteht doch der Kern der Ideologie dieser Parteien aus dem Anspruch, die Gesellschaft zu «remoralisieren». Sie sehen die Hauptursache für die Probleme der heutigen Gesellschaft im Verlust von religiösen Normen und von Grundregeln der Moral im gesellschaftlichen Zusammenleben. Dabei schwingt stets die Vorstellung mit, in der Vergangenheit sei es einmal besser gewesen, es habe einmal ein «Goldenes Zeitalter» des Islam gegeben. Der Parteiname «Wiedergeburt» kommt nicht von ungefähr, sondern steht programmatisch für das Bestreben, an diese verschüttet gegangene Zeit wieder anzuknüpfen. Die angestrebte neue Moral in der Gesellschaft besteht dabei aus einer Mischung aus einer mehr oder minder repressiven Familien- und Sexualmoral und einer starken Frontstellung gegen die Korruption, die einerseits aus der Verderbtheit der Sitten abgeleitet wird, andererseits als wesentliche Ursache für Ungerechtigkeit und soziale Ungleichheit gilt.

An der Basis hat *En-Nahdha* zum Teil einen Wahlkampf geführt, der die konkurrierenden politischen Kräfte als Förderer von Homosexualität, Unmoral und (indirekt) Atheismus schmähte. Anfang November, kurz nach der Wahl, machte die einzige Spitzenkandidatin von *En-Nahdha*, Souad Abderrahim – eine von zwei weiblichen Spitzenkandidatinnen in Tunesien überhaupt – durch ihre Auslassungen in einer Radiosendung von sich reden. Souad Abderrahim hatte zuvor die Aufmerksamkeit auf sich gezogen, weil sie im Unterschied zu vielen anderen Unterstützerinnen der Partei kein Kopftuch trägt. Doch nunmehr polterte sie im Radio lautstark gegen unverheiratete Mütter, sie seien «eine Schande» für die tunesische Nation und dürften im Prinzip überhaupt «nicht existieren». Ihr Auftritt wurde von vielen Tunesiern und vor allem Tunesierinnen als bedrohlich erlebt (Abderrahim 2011).

Dieser «moralkonservative» Anspruch kann jedoch für sich allein noch nicht die Gründe für den Wahlerfolg erklären. Hinzu kommen zwei wesentlich wichtigere Trieb-

kräfte: Wie viele islamistische Kräfte in der arabischen Welt betreibt die Partei eine Art «Sozialarbeit» in den armen Wohnbezirken, in denen der Staat wesentliche Versorgungsfunktionen aufgegeben hat. Dabei kommt ihr zunutze, dass sie über erhebliche finanzielle Mittel verfügt, dank wohlhabender Kaufleute und mutmaßlich auch dank der Unterstützung aus den Golfstaaten.

Und schließlich genießen die «Nahdisten» (arabisch *Nahdhaoui*), wie man die Parteigänger von Rachid Ghannouchi auch nennt, einen erheblichen «Martyrerbonus». Viele politische Oppositionelle haben unter der Diktatur von General und Präsident Ben Ali, die die ebenfalls autoritäre Regierung unter dem ersten Präsidenten des Landes nach der Unabhängigkeit, Habib Bourgiba, abgelöst hat, gelitten. Aber niemand hat einen so hohen Preis bezahlt wie die Anhänger der ab 1991 in der Untergrund gedrängten islamistischen Partei: 30000 politische Gefangene, unzählige Folteropfer, Tote bei Hungerstreiks und in den Haftanstalten. Die Partei war verboten worden, nachdem sie im März 1989 bei den damals halbfreien, jedoch im Ergebnis manipulierten Wahlen einen erheblichen Erfolg verzeichnet hatte (offiziell 13% der Stimmen, real wohl 30–35%). Nachdem die US-Administration unter Bush (senior) Ben Ali wegen seiner Unterstützung für den damaligen Bombenkrieg im Irak im Januar und Februar 1991 grünes Licht für sein Agieren im Inneren erteilt hatte, war die Partei massiv verfolgt worden.

Perfiderweise berief sich die Ben-Ali-Diktatur damals auf die «Errungenschaften Tunesiens bei den Frauenrechten», um Mittelschichten und Intellektuelle dazu zu bewegen, dass sie über willkürliche Verhaftungen und Folterungen von Anhängern *En-Nahdhas* schwiegen. In der Anfangsphase ging die Rechnung sogar auf, weil viele Tunesier über den rapiden Aufstieg des Islamismus im Nachbarland Algerien verängstigt waren. Im Laufe der Jahre war die Kritik jedoch gewachsen und die als «modernistisch» bezeichneten Werte, auf die das Regime Ben Alis sich berief, wurden im Gegenzug in Teilen der Gesellschaft diskreditiert.

Dies hält ein bedeutender Teil der Bevölkerung der islamistischen Partei bis heute zuzugute. Umgekehrt wurden manche politischen Kräfte dafür abgestraft, dass sie damals unter der Diktatur Ben Alis bereitwillig die Statisten in einem abgekarteten politischen Spiel abgeben hatten – während andere in den Folterkellern saßen.

Dies gilt etwa für die «Progressive demokratische Partei» (PDP), die mit 9,5% der Sitze eine schwere Wahlniederlage einfuhr, was die Partei am Tag nach den Wahlen öffentlich eingestand. In geringerem Maße gilt es aber auch für die, unter der Diktatur Ben Alis «tolerierete» und an abgekarteten «Wahlen» teilnehmende Partei *Ettajdid* («Erneuerung»), die wie andere arabische ehemalige Kommunistische Parteien nach 1989 vom Marxismus zu einem faden bürgerlichen Liberalismus konvertierten.

Ettajdid war die wichtigste Kraft im *Pôle démocratique et moderniste*, der mit einem einzigen Programmpunkt, der Verhinderung von *En-Nahdha*, angetreten war. Sein Sprecher Riadh ben Fadhel räumte in einem Interview vom 26. Oktober 2011 ein, der Pol sei als Partei einer Kulturelite, nicht für soziale Belange aufgetreten: «Wir waren unfähig, die Bestrebungen des einfachen Volkes auszudrücken. Wir haben uns zu sehr auf die kulturellen Forderungen konzentriert, und *En-Nahdha* konnte uns in ein kulturelles Ghetto einsperren. Wir müssen in unserer Strategie wieder stärker die soziale Frage betonen...» (Zerrouky 2011).

Zum Teil scheint bei diesen «modernistischen» Kräften auch eine abgrundtiefe Verachtung der «dummen und rückständigen Unterschichten» durch. Das gilt etwa für Teile der PDP. Eine PDP-Wählerin, die ausführlich in der französischen konservativen Tageszeitung *Le Figaro* (26. Oktober 2011) zu Wort kam, ließ sich dort etwa zu folgenden Äußerungen hinreißen: «Ich fand in meinem Wahlbüro nur Analphabeten vor ... Wo waren unsere Eliten? Unsere Intellektuellen? Unsere Geschäftsleute?» Das ist purer Unfug, denn es waren keinesfalls nur Analphabeten und «rückständige Ungebildete», die für *En-Nahdha* stimmten, sondern zumindest auch ein großer Teil der Mittelschichten. Aus Trotz und Widerspruch gegen die arrogante Überheblichkeit der selbsternannten «Modernisten» gegenüber den vermeintlichen «Anhängern des Mittelalters» stimmten sehr viele Wählerinnen und Wähler nun erst recht für *En-Nahdha* – dabei sind auch die Wähler der Islamisten in Wirklichkeit der technologischen Moderne gegenüber durchaus sehr aufgeschlossen, aber sie verbinden damit eine andere politische Vision.

Einige Monate lang hatte die linksliberal auftretende PDP in Umfragen als eine der möglicherweise stärksten politischen Kräfte im Lande gegolten, ihr Parteichef Nadjib Chebi wurde als aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat gehandelt. Doch dann kam der Einsturz. Anfänglich kamen der Partei und ihrem Vorsitzenden ihre langjährige Bekanntheit zugute: Die PDP hatte unter Ben Ali mehrfach an «Wahlen» teilgenommen, deren Ergebnisse schon lange vor dem Wahltag feststanden, bei Präsidentschaftswahlen hatte Nadjib Chebi den Sparringpartner für Ben Ali abgegeben. Dies rächte sich nun, die Bevölkerung, die in einer seit langem auf der politischen Bühne präsenten Partei zunächst einen beruhigenden Sicherheitsfaktor gesehen hatte, gab nunmehr erklärten Oppositionskräften den Vorzug. Hinzu kommt das reichlich aalglatte Profil von Nadjib Chebi: Im Laufe seines politischen Lebens war er unter anderem Maoist, arabischer Nationalist und Anhänger der Ba'ath-Partei, Liberaler mit Unterstützung aus den USA und schließlich prominenter «Demokrat» gewesen. Inhaltlich versprach die Partei die Beibehaltung des bisherigen Sozial- und Wirtschaftssystems, doch sollte die Ökonomie effizienter gestaltet werden und Investitionen anziehen, die Bürgerrechte sollten garantiert werden.

Weiter vor rückten nun der linksbürgerliche und linksnationalistische «Kongress für die Republik» (CPR) von Moncef Marzouki und die sozialdemokratische Partei *Ettatakol* von Mustapha Ben Ja'afar. Beide Parteien waren unter Ben Ali zwar nicht so stark verfolgt worden wie *En-Nahdha*, aber auch nicht so stark in das System integriert wie die PDP und die jämmerlichen Ex-Kommunisten. Der CPR von Moncef Marzouki hatte unter Ben Ali wiederholt versucht, Versammlungen oder Kongresse im Land durchzuführen, die von der Polizei gewaltsam aufgelöst wurden. Marzouki selbst lebte bis zum 18. Januar 2011 zehn Jahre lang im französischen Exil. Hingegen nahm das FTLD durchaus am offiziellen politischen Leben unter Ben Ali teil, doch zog sich die Partei während der Umwälzungen Anfang des Jahres rechtzeitig zurück. Während die PDP und die exkommunistische Partei Ettajdid an den ersten beiden Übergangsregierungen zwischen dem 17. Januar und dem 25. Februar 2011 teilnahmen, die dann durch den Druck der Straße gestürzt wurden, ging das FTLD in die Opposition. (Die beiden heftig umstrittenen Übergangsregierungen standen unter der Führung von Mohammed Ghannouchi, der seit November 1999 Premierminister Ben Alis gewesen war, und sollten die Konti-

nuität der politischen Machtverhältnisse garantieren.) Gleichzeitig konnte die Partei den bisher von der Staatspartei RCD gehaltenen Sitz Tunesiens bei der sog. «Sozialistischen Internationale» (dem transnationalen Zusammenschluss sozialdemokratischer Parteien) übernehmen, den jene am 18. Januar verlor.

Die Achsen der politischen Polarisierung

Eine der Achsen der politischen Polarisierung, die den Wahlausgang prägten, war die Konfrontation zwischen den früheren Oppositionskräften unter Ben Ali entsprechend ihrer damaligen Positionierung. Diese Polarisierungslinie, so deutet sich an, könnte auch die künftige Zusammenarbeit in der Verfassungsgebenden Versammlung prägen. So schließt der CPR von Mouncef Marzouki derzeit eine Zusammenarbeit mit *En-Nahdha* nicht aus. Umgekehrt hat die moderat-islamistische Partei sowohl Ettatakol als auch dem CPR, den beiden stärksten Kräften des Mitte-Links-Spektrums, eine Zusammenarbeit angeboten. So kam es dann auch: Am 18. November einigten die drei Parteien sich auf ein faktisches Regierungsbündnis und teilten die (vorläufig) wichtigsten Posten im Staat unter sich auf. Marzouki wurde als Übergangspräsident designiert, Ben Ja'afar für das Amt des Parlamentspräsidenten erkoren und der Kandidat von *En-Nahdha*, Hamadi Jebali, wird Premierminister werden. Zuvor waren die Verhandlungen für kurze Zeit ausgesetzt worden, weil Jebali wenige Tage zuvor durch eine Rede Aufmerksamkeit erregt hatte, in der er ein zukünftiges «sechstes Kalifat» ausmalte – das letzte Kalifat in der Geschichte des Islam, die religiös legitimierte monarchische Herrschaftsform, war im Jahr 1924 von Mustafa Kemal Atatürk abgeschafft worden. Jebali hatte zwar im übertragenen, symbolischen Sinne vom Kalifentum gesprochen und damit nicht eine Person bezeichnen, sondern aussagen wollen, seine Partei verkörpere das kommende Kalifat als neue Glanzzeit islamischer Regierungsformen. Dennoch rief sein Ausspruch heftigen Protest hervor. Die Koalitionsverhandlungen platzten deswegen nicht, denn allen Beteiligten war klar, dass mit Jebalis politisch-historischen Halluzinationen keinerlei reale politische Strategie zur Ersetzung der (frisch errungen) Demokratie durch eine andere Herrschaftsform verbunden war.

Die Linke

Auch die PCOT, eine früher einmal maoistische und proalbanische Partei mit heute relativ vagem linkem Profil, hat bislang eine Zusammenarbeit mit *En-Nahdha* in der Verfassungsgebenden Versammlung nicht ausgeschlossen. Über die Achtungserfolge der PCOT hinaus konnte die Linke jedoch bei den Wahlen 2011 nicht punkten.

Dies hat mehrere Gründe. Einer davon liegt im Vergangenheitsbezug mancher linker Kräfte, insbesondere auch der PCOT: Letztere hat zwar einige frühere ideologische Bezüge aufgegeben. Doch führt sie noch immer nicht nur Hammer und Sichel im Emblem – das wäre unproblematisch –, ihre Parteistatuten nehmen auch nach wie vor auf Stalin Bezug. Nach außen hin für eine undogmatische Bündnispolitik offen, bleibt die Partei nach innen autoritär und rückwärts gewandt. Zudem zeigte sich die Linke im Wahlkampf zersplittert. Neben der PCOT traten noch andere Überreste des tunesischen Maoismus auf, die *patriotes démocrates* oder *Watani dimokrati* («demokratische Patrioten»), die aus vier kleineren – linksnationalistisch auftretenden – Einzelorganisationen bestehen und

insgesamt zwei Sitze erobern konnten. Zunächst zogen diese Gruppen an einem Strang, doch im Februar 2011 zerbrach ihre Einheit. Denn zuerst waren sie in einer Bündnisorganisation namens «Front des 14. Januar» zusammengeschlossen gewesen und bildeten einen «Rat zur Verteidigung der Revolution», der von au(en) Druck auf die neuen Institutionen ausüben und den «Übergangsprozess» überwachen sollte. Doch setzte Ende Februar 2011 die Übergangsregierung dem eine institutionalisierte Variante gegenüber, die «Hohe Instanz für die Garantie der Ziele der Revolution» – deren Mitglieder sie kooperierte, also von oben einsetzte. Die «patriotischen Demokraten» beeilten sich, dort ihre Sitze einzunehmen, und die Allianz zerbrach.

Die tunesischen Trotzlisten verfügen über eine kleine Organisation namens *Ligue de la gauche ouvrière* (LGO, «Bund der Arbeiterlinken»), die bislang zwar in sozialen Bewegungen verankert ist, es aber als politische Vereinigung nicht zu eigener Bedeutung gebracht hat; sie rief zum «Boykott» der ersten freien Wahlen auf.

Perspektiven

Die bisherigen Oppositionskräfte – von den Islamisten, über den CPR von Moncef Marzouki bis zu Linken wie der PCOT – könnten über ideologische Grenzen hinweg jedenfalls dort an einem Strang ziehen, wo es künftig um Fragen der Entschädigung von Opfern der Repression, um die Bestrafung der Verantwortlichen für Repression und Misshandlungen und um die eventuelle Enteignung von Mafiosi aus dem Umfeld Ben Alis geht. Auf der anderen Seite könnten bei diesen Fragen jene Parteien stehen, die unter der Diktatur eine moderate, «legalistische» Strategie verfolgt hatten. Der PDP sind in den letzten Monaten viele frühere Mitglieder der im März 2011 gerichtlich verbotenen ehemaligen Staatspartei RCD beigetreten, angeblich vorwiegend die «nicht diskreditierten». Das verwundert nur auf den ersten Blick. Denn eine Staatspartei, die ein bis zwei Millionen Mitglieder hatte – nicht wegen ihres Programms, sondern weil die Mitgliedschaft vielen Familien Baugrundstücke, Arbeitsplätze oder Genehmigungen zur Eröffnung eines Geschäfts verschaffte –, verschwindet spurlos nicht innerhalb weniger Monate. Die Nachfolgeorganisationen des RCD könnten in naher Zukunft irgendwann wieder fusionieren, wenn die Kräfteverhältnisse zwischen ihnen geklärt sind.

Quer zu dieser Achse steht im politischen Koordinatensystem Tunesiens eine andere Polarisierungslinie, die in der Endphase des Wahlkampfs an Bedeutung gewann. Es ist jene zwischen Laizisten, also Anhängern der Trennung zwischen Staat und Religion, und Islamisten sowie anderen Verfechtern einer Art Staatsreligion. *En-Nahdha* verfolgt eine moderate Strategie, die weitaus eher an die türkische Regierungspartei AKP denn an die Radikalislamisten im Algerien der 90er Jahre erinnert. Dass sie sich in ein bürgerlich-liberales System einfügen und grundlegende Freiheiten garantieren möchte, kann man ihr durchaus abnehmen: Während die islamistische Konterrevolution im Iran nach 1979 den Repressionsapparat des vorherigen Schahregimes fast bruchlos übernahm – aus dem berüchtigten Sicherheitsdienst SAVAK wurde durch Vertauschung von lediglich zwei Buchstaben die SAVAMA –, ist dies für Tunesien unwahrscheinlich. Denn überall in den Repressionsapparaten sitzen Personen, mit denen dieser oder jener «Nadhist» Rechnungen offen haben dürfte. Scharia-Gerichte und öffentliche Exekutionen, wie im Iran, sind in Tunesien so wenig zu erwarten wie aktuell in Istanbul oder Ankara.

Dennoch gibt es auch bei *En-Nahdha* unterschiedliche Strömungen, von denen einige erkennbar autoritär sind. Einen Vor- und Nachteil zugleich bildet dabei für *En-Nahdha* die Konkurrenz mit den Aktivisten der salafistischen Strömung – einer besonders extremen Variante des politischen Islam, die sich in den letzten Monaten immer wieder lautstark bemerkbar machte. Ihnen gegenüber können die «Nahdisten» sich als gemäßigt profilieren. Es waren etwa die Salafisten, die am 9. Oktober 2011 die Sendeanstalt des Privatfernsehsenders «Nessma TV» angriffen, weil diese den Zeichentrickfilm *Persepolis* ausgestrahlt hatte – ein Frevel in ihren Augen, denn in dem Film wird an einer Stelle Gott als menschliche Figur mit einem weißen Bart gezeigt. *En-Nahdha* distanzierte sich, wie bei vormaligen Angriffen gegen Künstler oder eine Theatermacherin. In ihrer Presse war aber zugleich zu lesen, den Angegriffenen seien durchaus «Provokationen» vorzuwerfen. Gegenüber der breiten Öffentlichkeit versucht *En-Nahdha* «beruhigend» zu wirken, was ihr durch den Vergleich mit den Salafisten erleichtert wird. Aber gleichzeitig muss sie ihr Terrain auch gegenüber der Konkurrenz auf ihrer Rechten behaupten.

An den ersten Tagen nach der Wahl früh versicherte *En-Nahdha* immer wieder, «die Rechte von Frauen und Minderheiten» würden künftig von der Partei respektiert. Im Interview mit der Pariser Abendzeitung *Le Monde* versicherte Parteigründer Rached Ghannouchi darüber hinaus, den religiösen Pluralismus zu garantieren, mit dem Argument, in einem muslimisch geprägten Land wie dem Irak gebe es «Religionen, die nur dort existieren» – eine Aussage, die sich wohl auf Minderheitenreligionen wie die in den kurdischen Gebieten verankerten Yezidi bezieht (Mandraud 2011). Diese Aussage ist insofern bemerkenswert, als Islamisten oder orthodoxe Muslime zwar üblicherweise die «Buchreligionen» Christentum und Judentum zu achten bereit sind, nicht jedoch nichtmonotheistische oder andere anerkannte Religionen.

Nicht alle Tunesierinnen und Tunesier trauen dieser Aussage. Bei den künftigen Debatten in der Verfassungsgebenden Versammlung wird sich erweisen, welche Spielräume die Partei für «Ungläubige», konfessionelle Minderheiten, die Rechte von Frauen und Individuen zu lassen bereit ist. Dies schließt symbolische Vorstöße von *En-Nahdha* nicht aus, z. B. ein Alkoholverbot in manchen Touristenzentren.

Die dritte Polarisierungslinie verläuft entlang der sozialen Frage und der extrem ungleichen Verteilung von Armut und Reichtum. Sie spielte während der Unruhen im vergangenen Winter und in den Streiks, die sich durch das ganze Frühjahr und den Frühsommer hindurch zogen, eine wichtige Rolle. Allerdings wurde der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit dabei weitgehend durch «demokratische Aspekte» überlagert.

Unter anderem daher rührten auch die extremen Schwierigkeiten für die Linke. In Zukunft darf das neue Establishment nicht darauf hoffen, dass es an dieser Front auf Dauer ruhig bleibt. Denn zumindest eines hat sich seit der Ben-Ali-Ära geändert: Die Angst der Bevölkerung vor dem Staat ist nicht mehr dieselbe. Auch wenn nunmehr eine neue Restauration anstehen könnte, so werden die Etablierten doch erstmals mit dem Druck der Straße zu rechnen haben.

Provisorisches Fazit

Vorläufig bleibt festzuhalten, dass der Ausgang der tunesischen Wahlen vom 23. Oktober

2011 keineswegs den in Europa nun vielbeschworenen Übergang «vom arabischen Frühling zum islamistischen Winter» markiert. Vielmehr ist er Ausdruck eines widersprüchlichen Prozesses, bei dem einige der emanzipatorischen Dynamiken vom Anfang des Jahres 2011 vorläufig zum Erliegen kamen, während andere Oppositionsdynamiken gegen die bislang Herrschenden fortwirken.

Ein Teil der Programmatik der nunmehr stärksten Partei in Tunesien baut zweifellos auf reaktionären Illusionen auf. Aber sie werden sich schnell an der gesellschaftlichen und materiellen Wirklichkeit blamieren. Dabei ist nicht damit zu rechnen, dass die in der Gesellschaft freigesetzten Wünsche und Hoffnungen für ein besseres Leben so bald von der Bildfläche verschwinden. Vielmehr ist in Zukunft vermutlich mit einem Prozess der Absetzung vieler Wählerinnen und Wähler zu rechnen, die bislang ihre Hoffnungen in *En-Nahdha* gesetzt haben – sofern andere, progressive Alternativen bereit stehen.

Bernhard Schmid lebt seit 1995 in Paris und arbeitet als Jurist bei einer NGO in Paris und nebenberuflich als freier Journalist und Publizist mit den Schwerpunkten Nordafrika, extreme Rechte in Frankreich und Europa, Gewerkschaften. Letzte Buchveröffentlichung: Die arabische Revolution? Soziale Aspekte und Jugendprotest in den nordafrikanischen Revolten, Münster 2011.

1. Statistische Angaben siehe Institut National de la Statistique: Annuaire Statistique de la Tunisie 2005–2009, Decembre 2010, Tunis, 350 S. www.ins.nat.tn/indexfr.php, siehe auch die Angaben der Foreign Investment Promotion Agency Tunisia, www.investintunisia.tn/site/fr/article.php?id_article=167#3, und die bei Wikipedia zusammengestellten Daten http://fr.wikipedia.org/wiki/%C3%89conomie_de_la_Tunisie.
2. Ursprünglich rief der Autor, im August 2011, einen Artikel zum Thema unter folgender Adresse ab: www.tunisie-presse.com/politique/dossier_465_coordination+conseils+comites+protection+revolution+est+nee+dans+grand+tunis.html. Dort ist der Beitrag inzwischen nicht mehr zugänglich.
3. Vgl. AFP (Agenturmeldung): Tunisie: 300 morts pendant la révolution, poursuite de la torture, 21.5.2011.
4. Ausführliche mündliche Informationen der tunesischen Menschenrechtsaktivistin Luiza, die sich zudem darüber beklagte, dass auch die tunesische Linke dazu weitgehend geschwiegen habe, «weil ihre wichtigsten Kräfte alle im Wahlkampf steckten und zu beschäftigt waren» und weil es sich zudem nicht um einen politischen Häftling gehandelt habe. Schriftliche Belege dafür konnten zur Stunde gefunden werden.

Literatur

- Abderrahim, Souad (2011): Les mères célibataires sont une infamie pour la société, *Tuniscope*, 9. November 2011. www.tuniscope.com/index.php/article/10155/actualites/tunisie/souad-184612.
- Beaugé, Florence (2011): La Tunisie devrait éviter la récession redoutée après la chute de Ben Ali. *Le Monde*, 26. Oktober 2011. www.lemonde.fr/cgi-bin/ACHATS/acheter.cgi?offre=ARCHIVES&type_item=ART_ARCH_30J&objet_id=1171780&clef=ARC-TRK-G_01.
- Chognot, Jean-Philippe (2011): Radhia Nasraoui: «En Tunisie, les tortionnaires agissent toujours». *La Croix*, 13. April 2011. www.la-croix.com/Actualite/S-informer/Monde/Radhia-Nasraoui-En-Tunisie-les-tortionnaires-agissent-toujours-_NG_-2011-04-13-586685.
- Le Figaro (2011): Témoignage: «je suis prête à retourner dans la rue s'il le faut», *Le Figaro*, 26. Oktober 2011. <http://plus.lefigaro.fr/note/je-suis-prete-a-retourner-dans-la-rue-sil-le-faut-20111026-582348>.
- Khiari, Sadri (2011): Commentaire sur la révolution à l'occasion des élections. *Les indigènes de la république*, 15. November 2011. www.indigenes-republique.fr/article.php3?id_article=1509.

Mandraud, Isabelle (2011): Les priorités politiques du nouvel homme fort de Tunisie, Interview mit Rached Ghannouchi. *Le Monde*, 28. Oktober 2011. www.lemonde.fr/tunisie/article/2011/10/28/les-priorites-politiques-du-nouvel-homme-fort-de-tunisie_1595530_1466522.html.

Saltmarsh, Mathew (2011): In Fragile Tunisia, Central Bank Chief sees a Halting Recovery. *New York Times*, 1. Juni 2011. www.nytimes.com/2011/06/02/business/global/02tunisia.html.

Zagrebnov, Eugène: Le recul du PIB tunisien inquiète le gouvernement tunisien. *Le Figaro*, 3. Juni. 2011. www.lefigaro.fr/conjoncture/2011/06/03/04016-20110603ARTFIG00348-le-recul-du-pib-tunisien-inquiete-le-gouvernement.php.

Zerrouky, Hassane (2011): Les démocrates tunisiens décontenancés, *L'Humanité*, 27. Oktober 2011. www.humanite.fr/monde/des-democrates-tunisiens-decontenances-482487.